

Presstext

Gesamtschule Würselen: Würselens Schullandschaft ist im Umbruch:
Sanierung Tittelsstraße oder Neubau Krottstraße

Bürgerinitiative lädt die Verwaltung zu einem Runden Tisch ein und fordert Transparenz

Würselen. Sanierung Tittelsstraße oder Neubau Krottstraße? – Das ist hier die Frage bei der Diskussion um den zukünftigen Standort der Gesamtschule Würselen, welche die hiesige Schullandschaft für die nächsten Jahrzehnte prägen wird. Es geht um den endgültigen Standort der neuen Gesamtschule, die vorübergehend im Gebäude der ehemaligen Hauptschule an der Lehnstraße betrieben wird. Eine Bürgerinitiative rund um Elfriede Drabent, Hans- Peter Drabent, Klaus Köhler, Joachim Classen, und Manfred Falkenstein bemängelt das Vorgehen der Verwaltung beziehungsweise der Großen Koalition.

Für die Bürgerinitiative ist die Sanierung und Erweiterung der Gebäude an der Tittelsstraße die besser geeignete Alternative. Der Neubau der Gesamtschule an der Krottstraße/Bereich Willy-Brandt-Ring auf dem Schulsport- und Trainingsgelände des VfR Würselen hingegen bringt viele Nachteile mit sich. Diese werden wir im Laufe der Information noch konkretisieren.

Der nach Auffassung der Bürgerinitiative ungeeignete Standort der Gesamtschule in die Krottstraße ist 2015 entschieden worden, ohne die Eignung des Geländes Krottstraße sachgerecht untersucht und zur Erschließung eine Bewertung/Risikoanalyse vorgelegt zu haben.

„Meine langjährige Berufserfahrung in einer Stadtverwaltung macht es mir möglich, das Bebauungsplanverfahren „Krottstraße Gesamtschule“ kritisch zu betrachten. Daher habe ich der Stadt Würselen im Rahmen der Offenlage des Bebauungsplanes 218 eine deutliche Mängelliste zum Verfahren vorgelegt. Ich hoffe, dass die Stadt die rechtlichen Probleme erkennt und angemessen entscheidet“, sagt Ralf Niederhäuser (UWG). Falls die Stadt nicht angemessen reagiert, würde er den Rechtsweg beschreiten und die Rechtslage gerichtlich überprüfen lassen.

Das Raumangebot für eine Gesamtschule an der Tittelsstraße beläuft sich auf insgesamt 13.972 Quadratmeter. Dort müsste der Altbau (10.623 Quadratmeter) komplett saniert werden. Die Kosten hierfür liegen bei ca. 17 Millionen Euro. Hinzu kommen Neubauten von 3.349 Quadratmeter mit Erstellungskosten von gut 6 Millionen Euro. Zusammen mit den Einrichtungskosten belaufen sich die gesamten Investitionskosten auf ca. 25,5 Millionen Euro. Die Erstellungskosten eines Neubaus belaufen sich dagegen ohne Sporthalle bereits auf über 30 Millionen Euro

Ein Neubau der Gesamtschule an der Krottstraße ist nach Meinung der Bürgerinitiative allein schon bei der Betrachtung der kritischen Verkehrsknoten kaum als sinnvoll zu bezeichnen. Die Gesamtschule ist zweifellos wichtig und der Wunsch nach einem modernen Neubau verständlich. „Wir haben jedoch kein Verständnis für fehlenden bildungspolitischen Weitblick, ungeprüfte Standortentscheidungen und unehrlichen Umgang mit der Öffentlichkeit bis hin zu Täuschungsmanövern“, erklärt Klaus Köhler, Sprecher der Bürgerinitiative. Die Sanierung des Gebäudes an der Tittelsstraße sei eine eindeutig bessere Lösung.

Eine schnelle Entscheidung ist, da der Zeitplan seitens der Verwaltung bereits mehrfach nach hinten verschoben wurde, dringend geworden

Bislang gibt es von Seiten der Politik und Verwaltung keine Antworten auf die offenen Fragen

bezüglich der Standortentscheidung. Das Gelände Krottstraße liegt verkehrskritisch, ist beengt, nicht erweiterungsfähig. Bürgermeister Arno Nelles hatte den Neubau Krottstraße sogar als Rumpfschule - Oberstufe ins Euregio-Kolleg – vorgeschlagen, was zu noch mehr Platzproblemen führen würde.

In der Grundtendenz favorisierten die Verwaltung und SPD einen Neubau der Gesamtschule. Die CDU stellte in ihrer synoptischen Bewertung der beiden Standorte fest, dass diese Lösung Mehrkosten in Höhe von 9,4 Millionen Euro verursachen würde und es dafür keine solide Finanzierung gibt.

Warum dann dennoch zugestimmt wurde ist uns nicht beantwortet worden.

Nach Abschluss der Bebauungsplanung, 19 Monate nach dem Standortbeschluss, ist die Frage, ob das Gelände Krottstraße für den Schulbetrieb geeignet ist und, ob es gefahrungsfrei bebaut werden kann, nicht geklärt. Diese Klärungen sollen erst im Baugenehmigungsverfahren erfolgen, denn dann kann man nicht mehr zurück, egal, was es kostet.

Die Auswirkungen, eine Schule an den Verkehrsknotenpunkt des Zu- und Abgangs von der Innenstadt zum Willy-Brandt-Ring zu bauen, sind bislang nicht untersucht. „Die Verkehrszählungen der Jahre 2013 und 2016 decken sich mit den Beobachtungen der Anwohner und belegen eindeutig, dass dieser Verkehrsknoten zu Stoßzeiten bereits heute deutlich überlastet ist. Und genau zu diesen Stoßzeiten soll nach dem Willen der Verwaltung zukünftig ein dann gut 50% höheres Verkehrsaufkommen plötzlich nicht mehr zu Verkehrsproblemen führen. Wie das funktionieren soll, ist mir schleierhaft!“ gibt Michael Jochmann von den Grünen zu bedenken.

Die Schule neu in ein Wohngebiet zu bauen, ist hinsichtlich der Lärmbelästigung und Abwasserproblematik bisher ebenfalls nicht ausreichend untersucht. Im Boden wurden Giftstoffe gefunden, weshalb eine Risikoabschätzung nötig ist. Eine Kalkulation der Gefährdung für Mensch und Tier und für den Aufwand zur Beseitigung des kontaminierten Bodens fehlt bis heute.

Zufahrten und Rettungswege sind nicht geklärt. Keine der zwingend erforderlichen Untersuchungen ist abgeschlossen.

Auch der Schul- und Vereinssport sieht Probleme, es fehlt der zwingend erforderliche Ersatz für die wegfallenden Aschenplätze. Der gem. Beschluss als Ersatz vorgesehene Bereich im Feld hinter dem Aquana ist noch Ackerland. Die Bebaubarkeit, die Zu- beziehungsweise Abfahrt, die Parksituation sind bis heute ungeklärt.

Das Schulgebäude wurde aus Kostengründen von Anfang an zu klein geplant, die Kürzung des ursprünglichen Flächenbedarfes um etwa ein Fünftel entspricht und reduziert die Baukosten um 3,3 Millionen Euro.

„Warum heißt es in Würselen bei großen Projekten Sanierung sei teurer als ein Neubau? Hat man aus der Wisselsbach-/Aquana-Fehlentscheidung nichts gelernt? Lernt man auch nichts aus der Elbphilharmonie oder dem Berliner Flughafen?“, betont Klaus Köhler.

Statt mit großzügigem Gelände und umbaufähigem Gebäudebestand an der Tittelsstraße zu arbeiten kürzte man den Raumbedarf für den Neubau Krottstraße, damit der Deckel 28 Millionen Investitionsgesamtkosten zumindest zunächst gehalten wird.

Bei der Auftragsvergabe fehle die nötige Transparenz. Wichtige und für die Bürgerschaft interessante Entscheidungen werden häufig im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt. Dies führt dazu, dass die Bürger unzureichend informiert werden.

„Der Bildungspolitik in Würselen fehlt die gebotene Weitsicht. Mit der Entscheidung zur Einführung der Gesamtschule war klar, dass es für beide Schulformen nebeneinander nicht genügend Schüler geben kann. Die Realschule wurde zum Auslaufmodell, das hat man dann noch rechtzeitig bemerkt“, erklärt Klaus Köhler. Statt aber dann frühzeitig ab 2014 die Wandlung der auslaufenden Realschule an der Tittelsstraße zur Gesamtschule zu planen, beschäftigte man sich mit der der Thematik Ganztagschule.

Die fehlende Weitsicht zeigt sich sehr deutlich darin, dass wegen des Anstiegs der Schülerzahlen im Dezember 2016 ein Prüfauftrag zur Unterbringung der GGS Mitte in die Tittelsstraße beschlossen wurde. Diese Entwicklung, die steigenden Schülerzahlen, ist in die Planung der ohnehin zu klein geplanten Gesamtschule bisher nicht eingeflossen.

Die Bürgerinitiative lädt die Verwaltung zu einem Runden Tisch, um über alle Punkte zu diskutieren. Ein unparteiischer Mediator soll die Gespräche leiten. Die Zeit drängt, denn am 30. April findet die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses statt, in der voraussichtlich über das weitere Vorgehen beraten und entschieden wird.

Die Bürgerinitiative fordert eine Offenlegung der Bebauungsplanung, der kompletten Erschließungs- und Folgekosten. Transparenz ist erforderlich. Der Bürger muss erkennen können, was die Entscheidungen des Rates, was die Maßnahme Neubau der Gesamtschule in der Krottstraße wirklich kostet.

Grundsätzlich sei man daran interessiert eine Lösung zu finden, die alle Parteien zufrieden stellt, wie Klaus Köhler betont.

Nach dem Zeitplan des von Ernst & Young durchgeführten ÖPP-Verfahrens sollten die Ergebnisse der Ausschreibung, die Angebote für den Neubau in der Krottstraße, am 14. März 2017 dem Rat präsentiert werden. Ebenso müssten aufgrund eines zusätzlichen Auftrages an Ernst & Young dann erstmalig auch die Kosten für eine Sanierung der Tittelsstraße aufgezeigt werden können.

Voraussetzung für Zuschlag zum Neubau sei das Baurecht. „Hier ist der ursprüngliche Zeitplan der Verwaltung - abgeschlossen im Dezember 2016 - nicht eingehalten worden. Die Offenlegung erfolgte erst Anfang 2017. Wir haben die erheblichen Mängel, Sachverhalte, die vor einer Bebauung geklärt sein müssen, schriftlich eingereicht.

Die aufgezeigten Mängel müssen öffentlich beraten und über die Ergebnisse und das Vorgehen muss im Rat entschieden werden“, betont Köhler. Wenn der Zeitablauf noch einigermaßen eingehalten werden soll, müsse man eine Beratung der Einwände in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 31. März 2017 erwarten und gegebenenfalls dann auch von einer Behandlung in der Ratssitzung am 4. April 2017 ausgehen. Zu beiden Sitzungen gibt es jedoch noch keine Tagesordnungen.

Wir wollen mit der heutigen Information rechtzeitig deutlich machen, das von dem Beschluss alle Bürgerinnen und Bürger betroffen sein werden, sei es durch Verkehrsbehinderung, Behinderung der Rettungsdienste bis hin zu den bis heute nicht offengelegten Kosten.